

SVP ja

SVP

UDC

Sondernummer
Schengen / Dublin

Die Zeitung des Mittelstandes

Referendum gegen Schengen - jetzt unterschreiben!



Liebe SVP-Mitglieder

Ist die Schweiz erst einmal Mitglied von Schengen/Dublin, so ist der EU-Beitritt der Schweiz nur noch eine Frage der Zeit. Dies muss verhindert werden.

In den letzten 15 Jahren hat die SVP erfolgreich den EU-Beitritt verhindert. Sie ist alleine gegen den EWR-Beitritt angetreten, den der Bundesrat damals als Trainingslager für die EU bezeichnete. Er wurde am 6. Dezember 1991 verworfen. Auch die „Ja-zu-Europa“-Initiative vom März 2001 wurde mit 77 % bachab geschickt. Das Volk hat wohl deutlich genug ausgedrückt, dass es der EU nicht beitreten und stattdessen an der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes festhalten will. Auch die Wirtschaft hat mittlerweile gemerkt, dass sich ein Beitritt für den Wirtschaftsstandort Schweiz nachteilig auswirken würde. Trotzdem hat der Bundesrat sein EU-Beitritts-gesuch nie zurückgezogen.

EU-Beitritt in Etappen

Um der EU nicht beitreten zu müssen, hat die SVP von Anfang an den Bilateralen Weg gefordert. Doch auch diesen beging der Bundesrat nur mit dem strategischen Ziel eines EU-Beitrittes. So hat Bundesrätin Calmy-Rey an einer Pressekonferenz vom April 2003 erklärt, mit den Bilateralen Verträgen II werde der Boden für den EU-Beitritt bereitet. Und nur so ist auch zu erklären, dass der Abschluss der Bilateralen II vom Bundesrat mit Kohäsionszahlungen von jährlich Fr. 200 Mio. erkaufte wurde.

Bezeichnenderweise war es nicht die EU, sondern der Bundesrat, welcher förmlich darauf drängte, über einen Beitritt zu Schengen/Dublin zu verhandeln. Nach anfänglicher Weigerung war die EU schliesslich bereit dazu, weil sie unbedingt über eine Zinsbesteuerung verhandeln wollte. Bei den Bilateralen I hatte der Bundesrat noch erklärt, ein Beitritt zu Schengen stelle eine Souveränitätsübertragung an die EU dar und komme deshalb nicht in Frage. Inzwischen ist den EU-Befürwortern bewusst geworden, dass der Beitritt der Schweiz zur EU nur etappenweise zu erreichen ist. Der Beitritt zu Schengen/Dublin ist eine wichtige Etappe. Dem Volk wird dieses Manöver unverfroren als Sicherheitsgewinn verkauft.

Nicht mit der SVP!

Aus Angst vor einem Nein von Volk und Ständen hat der Bundesrat den Vertrag nur dem fakultativen Referendum unterstellt. Dieses hat die SVP ergriffen, damit das Volk über diesen folgenschweren Vertrag abstimmen kann. Die SVP wird alles daran setzen, dass ein EU-Beitritt durch die Hintertüre nicht möglich wird. **Dazu benötigen wir Ihre Hilfe. Ich bitte Sie deshalb, geschätzte Parteimitglieder, das Referendum mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen.**

Mit bestem Dank & freundlichen Grüßen

Ueli Maurer

Nein zur EU-Zwängerei von Bundesrat und Verwaltung

Wir stehen am Anfang eines entscheidenden Jahres für die politische Zukunft der Schweiz. Die anstehenden aussenpolitischen Abstimmungen bringen die wichtigsten Weichenstellungen seit 1992 (seit der EWR-Abstimmung).

Die „Strategie EU-Beitritt“ wird energischer denn je verfolgt

Die massgebenden Kräfte in Bern tun so, als sei ein EU-Beitritt zurzeit kein Thema. In Wahrheit unternehmen sie hinter den Kulissen alles, um die Schweiz beitriffsähig zu machen.

Die Strategie entspricht der Aussage von Bundesrat Moritz Leuenberger: „Je mehr Hürden wir abbauen, desto selbstverständlicher kann der EU-Beitritt später vollzogen werden“ (Frankfurter Rundschau vom 2.3.2001). Dabei wird dauernd von einem „autonomen Nachvollzug“ geredet, was heissen soll, die Schweiz sei ohnehin laufend gezwungen, Gesetze der EU zu übernehmen. Das Gegenteil ist wahr. Von übernehmen müssen kann keine Rede sein, denn es wäre uns freigestellt, überall bessere Regelungen als in der EU beizubehalten oder neu einzuführen. Das Problem liegt nur darin, dass die Beitritts-Strategen konsequent die Regelungen der EU übernehmen wollen, um alles gleichzuschalten. Das ist logischer Teil ihres strategischen Ziels.

Die bilateralen Verträge werden missbraucht, um uns in die EU zu bringen

Der „bilaterale Weg“ war als Alternative zum EU-Beitritt gedacht. Der Bundesrat missbraucht jedoch die „Bilateralen“, indem er gezielt Verträge abschliesst, die uns

in Sachzwänge hineinführen - und die uns schliesslich in die EU treiben.

Mustergültig ist, was Bundesrätin Micheline Calmy-Rey an der Pressekonferenz „100 Tage im Amt“ am 24. April 2003 erklärte: Sie hoffe, „dass in nicht allzu ferner Zukunft“ der EU-Beitritt eine Tatsache werde. Und sie fuhr fort: „Zudem entsprechen die Bilateralen Verhandlungen II der längerfristigen Europastrategie des Bundesrats. (...) Indem wir die bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union und allen jetzigen und künftigen Mitgliedsstaaten intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt vorbereiten“ Entsprechend dieser Philosophie hat der Bundesrat die bilateralen Verträge ausgehandelt, was für unser Land extrem schädlich ist.

Bilaterale II: Der Beweis, dass der Bundesrat nicht unsere Interessen verfolgt

Der Ablauf der Verhandlungen zu den Bilateralen II beweist mit erschreckender Klarheit, dass nicht die Interessen der Schweiz im Vordergrund standen, sondern dass alles konsequent der Strategie unterstellt wurde, der EU beizutreten:

Bekanntlich kam die EU auf die Schweiz zu und verlangte neue Verhandlungen („Bilaterale II“) bezüglich Zinsbesteuerung und Rechtshilfe („Betrugsdossier“). **Hätte der Bundesrat wirklich die Inte-**

ressen unseres Landes verfolgt, hätte er im Gegenzug ohne Zweifel gefordert, dass uns die EU in denjenigen Punkten entgegen kommt, wo sich Probleme für unser Land stellen (Nordanflug auf den Flughafen Kloten, Garantie gegen Schikanen bei den Grenzkontrollen, keine Reexportzölle, Eliminierung der Missstände beim Alpen transit, allfällige Beteiligung der EU an Infrastrukturkosten usw.). Was aber hat der Bundesrat getan? Zwar hat er in den beiden Dossiers Zinsbesteuerung und Rechtshilfe („Betrug“) gegenüber der EU grösste Konzessionen gemacht (weltweit einmaliges Einkassieren von Steuern für einen fremden Staat einerseits, Durchlöcherung des Bankgeheimnisses andererseits), er verlangte dafür aber gar keine wirkliche Gegenleistung. Im Gegenteil: Im Gegenzug verlangte der Bundesrat „Schengen“, obwohl er noch 1999 geschrieben hatte, dass Verhandlungen für jene Bereiche „nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind“, wobei er ausdrücklich „Schengen“ nannte (Botschaft zu den „Bilateralen Verträgen I“).

Dieser Salto Mortale des Bundesrats bedeutet einen Verrat an all denjenigen, die sich vom bilateralen Weg eine Alternative zum EU-Beitritt versprochen haben.

Der Bundesrat hat mit seinem Vorgehen gezeigt, dass er mit den bilateralen Verträgen nicht die Probleme un-

seres Landes lösen will, sondern dass er die Bilateralen missbraucht, um uns einem EU-Beitritt näher zu bringen. Ins Bild passt, dass er – sozusagen als Krönung – der EU sogar noch eine Milliarde Franken unserer Steuerzahler zusicherte, um die Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Staaten ausweiten zu dürfen!

Die SVP gibt Gegensteuer

Es bleibt die Erkenntnis, dass in der heutigen Schweizer Politik alles der „Strategie EU-Beitritt“ unterstellt wird. Auch innenpolitische Themen - von der Verkehrspolitik über die Landwirtschaftspolitik bis hin zur Wirtschaftspolitik - werden dominiert durch das zentrale strategische Ziel des EU-Beitritts. **Der SVP stellt sich die Aufgabe, den Trend dieser Entwicklung zu brechen, die unser Land in die Durchschnittlichkeit und in die EU führt.**

Wer das strategische Ziel EU-Beitritt verfolgt, verfolgt das Ziel, bewährte Dinge abzuschaffen, von der Abschaffung der traditionellen Schweizer Verteidigungsarmee bis zum traditionellen Schweizer Bankkundengeheimnis (das in der EU natürlich nicht weiter bestehen könnte). Vor allem aber setzen sich die EU-Beitritts-Strategen dafür ein, dass unsere direkte Demokratie abgeschafft wird, die mit der EU ebenfalls nicht vereinbar ist. **Die SVP ist damit die einzige Kraft, welche die weltweit einmalige schweizerische, direkte Demokratie verteidigt.** ◀

Nationalrat Luzi Stamm,
Baden-Dättwil (AG)



Mehr Sicherheit durch Schengen?

„Es gibt keine grösseren Fehler in der Führung der Öffentlichkeit als falsche Hoffnungen zu wecken, die in Kürze Lügen gestraft werden.“ Diese Worte stammen vom populärsten Staatsmann seiner Zeit: Winston Churchill.

Diese Worte können sich die zwei Bundesräte ins Büchlein schreiben, die ihre Unterschriften unter den Schengen-Vertrag gesetzt haben, damit sie nicht vergessen, was sie vor allem ihrem Volk und ihrem Land schuldig sind. Und weil daran gezweifelt werden darf, muss das Volk zu dieser wichtigen Weichenstellung an der Urne abstimmen dürfen.

Es ist nicht verboten, an das Wohl des eigenen Volkes zu denken, auch bei der grössten EU-Euphorie. Einer EU, die ursprünglich nur für einige Staaten vorgesehen war, einer EU deren Existenz bereits jetzt absehbar ist, (Friedensnobelpreisträger Friedmann, ein Star unter den Ökonomen, gibt ihr noch maximal 15 Jahre) einer EU die immer hochmütiger und fordernder wird, und sich sogar leisten kann (Verheugen) unseren Bundesrat öffentlich zu beleidigen.

Weniger Sicherheit, weniger Souveränität

Mit der Annahme des Schengen Abkommens verliert die Schweiz wichtige Teile ihrer Souveränität, die im Gegenzug versprochenen Vorteile erweisen sich als Illusion.

Schengen heisst Abschaffung der Personenkontrollen an der Grenze damit wird die ungehinderte Einreise von noch mehr Kriminellen, und noch mehr Illegalen in Kauf genommen, Zunahme des

Asylmissbrauchs, fremde Richter und fremdes Recht sind weitere negative Auswirkungen mit denen unser Land konfrontiert wird. Schengen heisst auch die Aufgabe der schweizerischen Waffentradition.

Die Völkerwanderung ist eine weltweite Angelegenheit geworden. Deshalb ist es heute so wichtig wie nie zuvor, Ordnung zu bewahren und die Rechte des eigenen Volkes zu schützen. Eine Strategie zur Abschaffung der Grenzkontrollen in diesen schwierigen und unsicheren Zeiten zu verfolgen ist leichtsinnig und verantwortungslos. Denn trotz hohen Investitionen ist es bis heute nicht gelungen, die Aussen Grenzen der EU genügend zu sichern, viele Staaten sind überfordert ihre Meeresküsten erfolgreich vor illegalen Einwanderern und Kriminaltouristen zu schützen. So hat auch Frankreich die Grenzkontrollen wieder eingeführt, weil auch dieses Land Schengen und dem angeblich verstärkten Schutz der Aussen Grenzen misstraut.

Die Möglichkeit des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ), bei speziellen Sicherheitsrisiken, wie die Prinzenhochzeit in Spanien, Fussball-Weltmeisterschaften, G 8 Gipfel etc., für eine begrenzte Zeit Sicherheitskontrollen wieder einzuführen, zeigt mehr als deutlich auf: Das angebliche Sicherheitssystem versagt gerade dann, wenn man es am meisten benötigt. Man traut also dem eigenen System nicht, zu Recht, man denke an den grausamen

Terroranschlag in Spanien! Ein Blick in unsere überfüllten Gefängnisse zeigt eine deutliche Sprache.

Die Erklärung ist einfach: Europa wird immer mehr zum beliebtesten Standort der organisierten Kriminalität, Drogenhandel, Prostitution, Menschenhandel, illegale Einwanderung, Terrorismus sind weitere negative Auswüchse.

Wir brauchen auch in Zukunft dringend die Personenkontrolle an der Schweizer Grenze, um die Sicherheit zu gewährleisten. Diese wichtige Arbeit kann nicht den EU-Aussenstaaten überlassen werden, weil die Schengen-Grenzen löchrig und durchlässig sind und auch beim besten Willen nicht gut genug überwacht werden können. Wir brauchen keinen Abbau sondern eine Verstärkung der Grenzkontrollen, denn alleine im Jahre 2003 musste der schweizerische Grenzwachtkorps über 100'000 Personen zurückweisen und 34'000 Personen an die Polizei verweisen. Diese Zahlen beweisen das Versagen dieses Systems, zeigen jedoch andererseits den eindrücklichen Leistungsausweis unserer Sicherheitsleute.

Schleierfahndung

Stellen Sie sich vor, Sie haben ein Haus, sie müssen es nicht mehr abschliessen, aber in Ihren Zimmern darf nach Verbrechen gefahndet werden. Absurd? Das ist eine vereinfachte Darstellung von Schen-



Grossrätin Sylvia Flückiger-Bäni, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Schöftland (AG)

gen und der Schleierfahndung. Freie Fahrt über die Binnengrenzen im Schengenraum, keine Personenkontrolle an den Grenzen, Kontrollen nur noch vereinzelt durch mobile Patrouillen – so genannte Schleierfahndung im Hinterland, wenn es nach dem Wunsch des Bundesrates gehen soll.

Die EU-Kommission prüft exakt diese Schleierfahndung zu verbieten, weil damit gegen die Reisefreiheit verstossen werden könnte. Wenn diese Absicht umgesetzt wird, muss die Schweiz dieses Verbot übernehmen oder . . . den Schengenvertrag wieder als Ganzes kündigen. Wer kann sich noch vorstellen, sich freiwillig einem solchen Recht zu unterwerfen? Oder glaubt jetzt noch im Ernst jemand daran, dass die EU die schweizerische Souveränität besser schützt als die Schweiz selbst?

Die SVP will eine freie, unabhängige und neutrale Schweiz, welche auf demokratische Werte aufbaut. Respekt gegenüber den anderen Staaten muss gegenseitig sein und kann nicht die Aufgabe des eigenen Rechts, des eigenen Landes und des eigenen Volkes bedeuten.

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

Blick auf Schengen aus Sicht der Suisse Romande

Ja, die zehn SVP-Parlamentarier der Suisse Romande waren mit ihren Deutschschweizer Fraktionskollegen einig und haben mit diesen Schengen/Dublin anlässlich der Fraktionssitzung vom 2. Dezember 2004 abgelehnt. Sie hatten sich im Vorfeld der Sitzung in diversen Veranstaltungen intensiv mit dem Pro und Kontra auseinandergesetzt.

Unsere Parlamentarier haben so die Möglichkeit genutzt, die Vor- und Nachteile abzuwägen bevor sie sich ein Bild machten und so im Wissen um die genauen Fakten entschieden. Die **positiven Punkte** der Bilateralen II sind unbestritten. Das erste Element, das es zu wertschätzen gilt, ist, dass die Dossiers, zu denen auch Schengen/Dublin gehört, nicht in einem Paket vorgelegt werden wie die Bilateralen I. Es ist somit möglich, jeden Vertrag separat zu beurteilen. In diesem Artikel soll Schengen/Dublin im Vordergrund stehen.

geben worden sind. Um diese Datenbank maximal zu nutzen, sind daher alle Mitglieder gefordert, alle nützlichen Daten einzugeben. Das System hat zum Ziel, alle Informationen über gefährliche und gesuchte Personen zu zentralisieren.

Ein weiteres nützliches Instrument ist die Fingerabdruckdatenbank für Asylsuchende, das Eurodac. Das System würde erlauben, Asylsuchende in das Land, in dem sie in den Schengen Raum eingereist sind, zurückzuschicken und so Mehrfachgesu-

die Waage in Richtung Ablehnung von Schengen/Dublin kippen lässt: Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch den vorgesehenen Wegfall der Grenzkontrollen. Im Vertrag ist der schrittweise Abbau der Grenzkontrollen (Artikel 2 Punkt 2 des Abkommens) klar festgelegt. In seiner Botschaft spricht der Bundesrat ebenfalls vom Abbau der Grenzkontrollen (Kapitel 2.6.4.1). Und dennoch behauptete Bundesrätin Micheline Calmy-Rey das Gegenteil anlässlich der Sendung Infrarouge vom 8. Dezember 2004 auf TSR, wenn sie sagt,

Man kann es auch anders formulieren, geschätzte Leserinnen und Leser: Wir könnten eigentlich die Alarmanlagen der Banken ausser Betrieb setzen und dafür rund um die Städte ein Kontrollsystem aufbauen. Die Banken müssten dann ohne eigene Alarmanlage ebenso sicher sein wie die Schweiz ohne eigene Grenzkontrolle im Schengen Raum.

Die SVP Waadt hat anlässlich ihrer Parteileitungssitzung vom 13. Januar 2005 Parole gefasst und sich mit grossem Mehr gegen Schengen/Dublin ausgesprochen. Die Parteileitung der SVP Fribourg hat Schengen/Dublin anlässlich ihrer Sitzung vom 5. Januar 2005 einstimmig abgelehnt. Die Sektionen Genf und Valais haben ebenfalls sehr klare Positionen zu Schengen/Dublin und engagieren sich intensiv in der Unterschriftensammlung für das Referendum. Ebenso die Sektionen Jura und Neuenburg.

Ein Artikel im Le Temps vom 3. Januar 2005 hält Folgendes fest: «Sowohl EU-Befürworter wie die EU-Gegner sind überzeugt, dass die Annahme der Bilateralen II in Richtung EU-Beitritt führen.» Das ist in der Tat unbestreitbar. Unter der Rubrik Aussenpolitik der SVP-Wahlplattform 2003-2007, ist festgehalten, dass die SVP den EU-Beitritt bekämpft und den Beitritt zu Schengen/Dublin ablehnt. Unsere Partei hat sich auch immer schon für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung engagiert. Wäre es unter all diesen Voraussetzungen wirklich denkbar, den Beitritt zu Schengen/Dublin einfach ohne Opposition hinzunehmen? ◀

Gilberte Demont,
Kordinatorin UDC Suisse
Romande

Was unsere Grenzwaache heute leistet:

254'414 Interventionen pro Jahr
100'219 an der Grenze zurückgewiesene Personen pro Jahr
34'063 der Polizei übergebene Personen pro Jahr
32'491 Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz pro Jahr festgehalten
8'181 illegale Übertritte pro Jahr verhindert
4'015 Personen auf Grund des Fingerabdrucksystems AFIS gefasst
3'535 Fälle von Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz festgehalten
1'934 Fälschungen aufgedeckt
147 weitere Interventionen

Schengen/Dublin brächte und dagegen:

Den Abbau der Grenzkontrollen
Den Zugang zu den Datenbanken SIS und EURODAC
Eine gemeinsame Visumpolitik mit der EU
Eine Verstärkung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit mit der EU

Auch Schengen/Dublin hat positive Elemente. Zum Beispiel die Datenbank SIS, welche die Möglichkeit gibt, sofort zu eruieren, ob eine in der Kontrolle angehaltene Person in den Schengen Staaten gesucht wird. Das funktioniert natürlich nur, wenn die Daten von den Mitgliedstaaten auch gewissenhaft einge-

che zu verhindern. Im Weiteren würde das Schengen Visum den Touristen die Ein- und Ausreise zwischen der Schweiz und der EU erleichtern, da das separate Visum für die Schweiz wegfallen würde.

Im Gegenzug gibt es aber einen gewichtigen Punkt, der

die Kontrollen würden auf Grund eines konkreten Verdachtes dennoch durchgeführt. Das scheint doch reichlich abstrakt, auf Grund eines konkreten Verdachts zu kontrollieren. Das in der Sendung genannte Beispiel des Mercedes, in dem vier Jugendliche sitzen, führt dies klar vor Augen.



Schengen und wachsende EU - ein Sicherheitsgewinn?

Der Name des luxemburgischen Ortes Schengen steht für ein Europa ohne jegliche Grenzkontrollen im Personenverkehr. Die Idee entstammt von den „Bastlern“ und selbsternannten Visionären eines europäischen Superstaates. Sie treiben ihren Traum von den Vereinigten Staaten Europas unaufhaltsam voran und schrecken letztlich auch vor dem grosseuropäischen Bundesstaat nicht zurück.

Wie anders lässt sich der Abbau von Grenzen, die Inkraftsetzung einer europäischen Verfassung oder die Beseitigung nationaler Währungen sonst erklären?

Politikerinnen und Politiker aller Parteien wollen auch in der Schweiz nicht abseits stehen. Sie träumen ebenfalls vom Mitwirken in der Europäischen Union. „Gestalten, aufbauen und solidarisch sein,“ sind Schlagworte der EU-Phantasten. In der Europäischen Union nicht mitzumachen heisst für sie: sich eingeln, abseits stehen, abgeschottet und ausgegrenzt werden. - Wie jämmerlich.

Daher will der Bundesrat und eine erdrückende Mehrheit des Parlamentes auf Teufel komm raus und ohne jede ersichtliche Not die europäische Integration vorantreiben. Schengen soll ein weiteres Trainingslager vor dem finalen Beitritt sein.

Was sich über Jahrhunderte bewährt hat, wird damit grundlos über Bord geworfen. Das Instrument der Kanalisierung der grössten Personenströme in unser Land soll aufgegeben werden. Und dies obwohl an der Grenze jährlich über 130'000 Personen zurückgewiesen oder der Polizei übergeben werden. Die Abschaffung der Kontrolle einreisender Personen in unser Land bringe gar einen Sicherheitsgewinn, wollen uns die EU-Fanatiker mit ihrer millionenschweren Kampagne weismachen. Als Ersatz

würden nämlich im Landesinnern Schleierfahndungen durchgeführt. Zudem soll die Schengen-Aussengrenze noch besser bewacht werden. Die Verschärfung des Waffenrechtes und die Andockung bei einer internationalen Verbrecherdatenbank sei dabei unentbehrlich, denn nichts sei gratis.

Ausgerechnet ein Abkommen, das unsere Sicherheit massiv verschlechtert, wird in unserem Land als „Sicherheitsgewinn“ verkauft. Doch all die begleitenden Massnahmen zielen einzig und allein darauf ab, den Sicherheitsverlust der offenen Grenzen einigermaßen wieder zu kompensieren. Mehr Sicherheit?

Im Nachgang zum Attentat im Zuger Parlament wurde im Bundeshaus mit dem Verweis auf mehr Sicherheit am Eingang eine Personenkontrolle mittels Schleusen und Vereinzelungsanlage eingeführt. Es wurde also eine ganz gezielte Personenkontrolle beim Eintritt ins Parlamentsgebäude umgesetzt. In der Logik ein unglaublicher Widerspruch zum Schengener Sicherheitsdispositiv! Wenn das System Schengen tatsächlich ein Mehr an Sicherheit bringt, so müsste die Verwaltungsdelegation auch die Sicherheits-schleusen (gezielte Personenkontrolle) beim Eingang des Parlamentsgebäudes sofort durch eine Schleierfahndung im Hausinnern ersetzen. Die SVP hat deshalb in einem Fraktionsvorstoss die Verwal-

tungsdelegation beauftragt, die Sicherheit im Bundeshaus umgehend dem Schengener Sicherheitsdispositiv anzupassen. Wir sind gespannt auf die Antwort aus der Verwaltung.

Was läuft im Osten Europas?

Erst gut ein paar Monate ist es her, dass die EU die grösste aller Erweiterungen ihrer Geschichte erfahren hat. Die Osterweiterung innerhalb der EU ist damit aber noch längst nicht abgeschlossen. Mit Kroatien, Bulgarien und Rumänien ist auf März 2005 bereits die nächste EU-Erweiterung angesagt. Per 3. Oktober 2005 haben die 25 EU-Staats- und Regierungschefs auch der Türkei Beitrittsverhandlungen zugebilligt. „Das gemeinsame Ziel ist der Beitritt“, heisst es in den Schlusserklärungen des Gipfeltreffens.

Tritt die Schweiz dem Schen-



► Nationalrat Toni Brunner, Vizepräsident SVP, Ebnet-Kappel (SG)

gen Abkommen bei, so wird die Aufhebung der Personenkontrollen an den Grenzen in Zukunft auch die Bürger aus diesen Staaten betreffen. Auch sie dürfen sich dann selbstverständlich innerhalb des Schengener Raumes frei bewegen. Nebenbei sei erwähnt, dass bei gleichzeitigem Abbau der Personenkontrollen an den Grenzen und der Einführung der Personenfreizügigkeit mit allen EU-Mitgliedstaaten die Bewegungsfreiheit und die Wahlmöglichkeit der freien Niederlassung den Bürgern dieser künftigen EU Länder ungeahnte Perspektiven eröffnet. Die Folgen für die Schweiz sind absehbar. Mehr Sicherheit? ◀

10 Gründe gegen die

1. Nein zu noch mehr unkontrollierter Zuwanderung

Die Schweiz hat die weitaus höchste Einwanderung sämtlicher Industrienationen und demzufolge auch das grösste Bevölkerungswachstum. Inzwischen hat unser Land sogar die 7 Millionen-Grenze überschritten. Allein im Kanton Zürich treten jeden Monat 2000 Arbeitskräfte aus der EU eine Stelle an. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen Mitgliedsländer Estland, Lettland Litauen, Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern würde die Zuwanderung noch weiter ansteigen ohne dass die Schweiz etwas dagegen unternehmen könnte. Die Zahl der Zuwanderer von heute bereits fast 100'000 Personen jährlich würde förmlich explodieren.

2. Nein zum Wohlstandsverlust

Bei Wohlstandsunterschieden liegt freie Einwanderung immer im Interesse der armen Länder, nie im Interesse der reichen Länder. Jede freie Einwanderung ebnet Wohlstandsunterschiede ein und bringt damit den wohlhabenden Ländern einen Verlust. Die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedstaaten der EU brächte auch der Schweiz einen solchen Wohlstandsverlust. Unsere Elterngenerationen aber haben die Schweiz in nur 100 Jahren vom Armenhaus in das reichste Land der Welt verwandelt, in welchem auch die unteren Bevölkerungsschichten im Vergleich zum Ausland einen erstaunlichen Wohlstand erlangt haben. Die Personenfreizügigkeit zerstört diese grandiose Errungenschaft unserer Elterngenerationen.

3. Nein zur Nivellierung nach unten

Da das Gefälle zwischen der Schweiz und den neuen EU-Staaten in vielen Bereichen gross ist, würde die zusätzliche Personenfreizügigkeit für unser Land generell eine starke Nivellierung nach unten bringen. Diese ökonomische Selbstverständlichkeit lässt sich auch durch so genannte „flankierende Massnahmen“ nicht aufhalten.

4. Nein zu noch mehr Billigkonkurrenz für unser Gewerbe

Jedermann kann als selbständig Erwerbender einwandern. Jeder „Selbständige“ erhält eine Aufenthaltserlaubnis, „sofern er den Behörden nachweist, dass er sich zu diesem Zweck niederlassen will“ (Anhang I zum Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vom 21. Juni 1999, Art. 12 (1)). Praktisch jede Tätigkeit kann nicht nur als Angestellter, sondern auch als selbständig Erwerbender ausgeübt werden; vom Arbeiter auf dem Bau (z.B. selbständig erwerbender Dachdecker) bis hin zur „selbständigen Schreibkraft“ (z.B. Sekretärin, die selbständig erwerbend für verschiedene Büros arbeitet). Jedermann kann als „Ein-Mann-Firma“ tätig werden (in Deutschland hat sich der Name „Ich-AG“ eingebürgert).

5. Nein zu noch mehr Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenraten in den neuen Mitgliedstaaten sind enorm. In Polen beträgt die Arbeitslosenrate 19,1 %, in der Slowakei 16,6 Prozent und in Litauen 11,7 %. Die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern liegt bei enormen 40,7 % bzw. 30,5 und 25 %. Der Wille auszuwandern, ist damit hoch. Die Schweiz hat aber selber eine steigende Arbeitslosenrate, die schon durch die Zuwanderung aus den alten Mitgliedsländern ständig wächst. Im Grenzkanton Tessin sind ab 1.6.2004 innert nur vier Monaten rund 3'500 Leute zum kurzfristigen Arbeiten eingereist, viele davon als „selbständig Erwerbende“, viele via Vermittlungsbüros. Für den Kanton Tessin entspricht dies einer enormen Zahl resp. einer eigentlichen Explosion der Einreisen. In Genf ist die Zahl der Grenzgänger aus Frankreich bis Ende 2004 um über 4000 auf rund 45'000 angestiegen. Mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Mitgliedsländer wird eine weitere Welle von Arbeitslosen aus dem Ausland in der Schweiz ihr Glück versuchen und die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz in die Höhe treiben.

6. Nein zu noch mehr Armut

Mit der Personenfreizügigkeit wird die Möglichkeit geschaffen, dass Einwanderer kommen können, die vom ersten Tag an nicht in der Lage sind, ihr Existenzminimum zu decken. Denn Ausländer können mit beliebig grossen Familien einwandern. Selbst wenn ihr Lohn über einem allfälligen Mindestlohn liegt, kann somit in vielen Fällen das Existenzminimum bei weitem nicht gedeckt werden. Wie soll verhindert werden, dass solche Einwanderer von allem Anfang an in Armut leben und der Sozialhilfe zur Last fallen?

Selbst wenn Mindestlöhne als „flankierende Massnahmen“ eingeführt werden, können oftmals sehr tiefe Löhne resultieren. Was ist mit Leuten, die nur einen Arbeitsvertrag für Teilzeitarbeit haben oder die nur mit einem kleinen Barlohn entschädigt werden, weil ein Grossteil für Kost und Logis abgezogen wird? Zudem besteht auch die Gefahr, dass zahlreiche selbständig Erwerbende in die Schweiz kommen, die bei uns in grosser Armut leben werden.

7. Nein zu noch mehr Kosten im Sozialbereich

Wer einmal in der Schweiz eine Aufenthaltsgenehmigung hat, wird auch nicht wieder ausreisen, wenn er keine Arbeit oder kein Auskommen mehr findet. Dies umso mehr als die Sozialversicherungen in der Schweiz grosszügige Leistungen vorsehen. Damit ist auch klar, dass die Zuwanderung höhere Kosten im Sozialbereich nach sich ziehen werden.

8. Nein zu noch mehr Problemen im Schulbereich

Mit den Arbeitskräften und Selbständigen wandern auch deren Familien zu. Der Familiennachzug ist nicht beschränkt.

Personenfreizügigkeit

Damit erhöhen sich die Zahl der fremdsprachigen Kinder und damit auch die Probleme im Schulbereich. Die Schweizer Kinder werden endgültig zur Minderheit werden und die Probleme, welche die PISA-Studie an den Tag gebracht hat, werden noch zunehmen.

9. Nein zum Dammbbruch für künftige EU-Mitglieder

Es geht nicht nur um die Personenfreizügigkeit für die am 10. Mai 2004 der EU beigetretenen Mitgliedsstaaten. Wenn nun bei der EU-Ost-Erweiterung „Ja“ zur Personenfreizügigkeit gesagt wird, ist es illusorisch zu glauben, dass die Schweiz bei künftigen EU-Erweiterungen je wieder wird „Nein“ sagen können. Dabei ist zu beachten:

Bereits auf ca. 2008 ist der EU-Beitritt von **Rumänien und Bulgarien** geplant. Besonders aus Rumänien droht schädliche Zuwanderung, da dort viele Menschen in grösster Armut und ohne festen Wohnsitz („Fahrende“) leben. Als nächstes dürfen die **Balkanstaaten (Kroatien, Serbien inkl. Kosovo, Bos-**

nien, Mazedonien, Albanien) folgen, denn die EU setzt auf die Strategie, diese Staaten so rasch wie möglich zu integrieren. Spätestens beim EU-Beitritt dieser Länder würde die Schweiz (wegen der Sogwirkung der bereits hier lebenden Balkan-Angehörigen) eine schädliche Masseneinwanderung erleben, die unser Land nicht verkraften könnte. Und schliesslich ist beschlossen, dass in absehbarer Zeit auch **die Türkei** in die EU aufgenommen wird, womit auf einen Schlag über 70 Millionen türkische EU-Bürger dazu kämen. Entsprechend hätte die Schweiz mit einer massiven zusätzlichen Einwanderung zu rechnen.

10. Nein zur Augenwischerei der Befürworter

Ob der Wohlstandsverlust 5 oder 10 Jahre früher oder später eintritt, spielt keine Rolle. Tatsache ist: Die Schweiz verliert mit der Personenfreizügigkeit an Wohlstand, die Arbeitslosigkeit steigt an, und auch die Kriminalitätsrate erhöht sich.

Achtung! Die Behauptungen der Befürworter sind falsch!

Ein freier Markt braucht keinen freien Personenverkehr!

Ein Nein gefährdet die Bilateralen I nicht.

1999 hat uns die EU bei den „Bilateralen I“ bewusst die Möglichkeit eingeräumt, bei der jetzigen EU-Osterweiterung „Nein“ zum freien Personenverkehr zu sagen: Damals war bekannt, dass in Kürze neue Staaten beitreten werden. Die EU hat jedoch beim Abschluss der „Bilateralen I“ auf die Klausel verzichtet, dass die Personenfreizügigkeit beim Beitritt neuer EU-Staaten automatisch ausgeweitet werden müsse.

Im Abstimmungskampf zu den „Bilateralen Verträgen I“ (Mai 2000) wurde denn auch den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern von offizieller Seite erklärt, unser Land könne bei der EU-Ost-Erweiterung (also jetzt) in aller Freiheit entscheiden, ob sie eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit wünsche oder nicht. Dieses Versprechen muss gehalten werden. Es ist inakzeptabel, wenn nun das Gegenteil erzählt wird.

Dass eine Kündigung erfolgen werde, wird insbesondere vom Wirtschaftsverband „Economiesuisse“ behauptet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieser Verband den (bezahlten) Auftrag übernommen hat, den Abstimmungskampf für ein „Ja“ zu führen. Nun ist jedoch ein E-mail ausgerechnet des Economiesuisse-Vertreters in Brüssel an seine Zentrale in Zürich bekannt geworden, in dem steht, die EU wolle die Bilateralen I bei einem „Nein“ nicht kündigen. **Man solle jedoch „dies der SVP nicht sagen“.**

Dieses E-mail überrascht nicht. Auch der Bundesrat hat in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats nicht erklären können, wo und wann genau die EU gedroht haben soll, die Bilateralen I zu kündigen. **Die EU wird sich hüten, die Vorteile aufzugeben, die ihr die „Bilateralen I“ bringen.** Bei einer Kündigung könnte z.B. unser Land die Preise für EU-Lastwagen beliebig anheben oder deren Durchfahrt verbieten.

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch

10 Gründe für ein NEIN

1. Nein zur Abschaffung der Grenzkontrollen

Erstes und wichtigstes Ziel von Schengen ist die Abschaffung der Grenzkontrollen. Das Übereinkommen erlaubt keine systematischen und verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an der Grenze allein aufgrund der Tatsache, dass jemand die Grenze überschreitet. Mit Schengen werden die traditionellen Personenkontrollen an die Aussengrenzen der EU verlagert und dort angeblich massiv verstärkt. Doch trotz hoher Investitionen ist es bis heute nicht gelungen, die Aussengrenzen der EU genügend zu sichern. Die EU-Osterweiterung wird diese Problematik noch verschärfen. Auch die Mittelmeerstaaten Griechenland, Italien, Frankreich und Spanien sehen sich z. T. überfordert, ihre jeweilige Mittelmeerküste vor illegalen Einwanderern und vor Kriminaltouristen zu schützen.

2. Nein zur Delegation der inneren Sicherheit

Mit Schengen - so glaubt man - würden die Probleme der inneren Sicherheit in der Schweiz bequem von den Staaten mit EU-Aussengrenzen gelöst. Man ist der Ansicht, dass sich die Schweiz höchstens finanziell an der Sicherheit an den Aussengrenzen beteiligen müsste. Doch dies ist eine Illusion. Bereits heute gelangen in Banden organisierte, gewalttätige Kriminelle an unsere Landesgrenze. Diesen an der Schweizerischen Grenze angehaltenen Personen ist in der Regel bereits die illegale Überschreitung der Schengen-Aussengrenze gelungen. Obwohl das Schweizer Grenzwachtkorps (GWK) heute grösstenteils mit Stichprobenkontrollen arbeitet, hat es im Jahre 2003 über 100'000 Personen am Grenzübertritt in die Schweiz gehindert, rund 34'063 Personen der Polizei übergeben und gegen 8'000 Illegale aufgegriffen. Im ersten Semester dieses Jahres stieg die Zahl der an die kantonalen Polizeikorps übergebenen Personen gegenüber dem Vorjahr um über 10 % an.

3. Nein zur Förderung der illegalen Einwanderung

Die löchrigen Schengen-Aussengrenzen haben zu grossen Problemen mit der illegalen Einwanderung geführt. Im Jahre 2002 etwa hat Spanien an die 500'000 Südamerikaner einwandern lassen, die sich dann in den verschiedenen EU-Ländern niedergelassen haben. In Polen arbeiten heute etwa 300'000 illegale Ukrainer, denn bisher waren Touristenvisa relativ einfach zu bekommen. Weil die neuen EU-Mitglieder noch nicht einmal die Schengener Bestimmungen erfüllen, bedeuten die Grenzen zwischen Polen und Litauen einerseits, Weissrussland und der Ukraine andererseits, noch ein massives Sicherheitsrisiko. (Medien-)Berichten zufolge profitieren täglich um die 1000 illegale Einwanderer aus Osteuropa, Südosteuropa, Afrika und Asien von diesem Sicherheitsrisiko. Weiter gehe der russische Geheimdienst davon aus, dass in Weissrussland rund 150'000 Flüchtlinge aus Afghanistan und mehr als 100'000 Chinesen sowie in der Türkei rund eine Million Menschen vor der illegalen Einreise nach Europa stehen. Mitte August 2004 war den Medien zu entnehmen, dass Bulgaren ihre gültigen Reisepässe für bis zu 2000 Euro an illegale EU-Einwanderer verkaufen. Für bis zu 5000 Euro böten sie neben einem Pass auch noch

den Führerschein und den Personalausweis an, und lassen sich anschliessend für wenig Geld von ihrem Staat neue Papiere ausstellen. Der Handel der Bulgaren blüht seit rund drei Jahren, weil diese seit diesem Zeitpunkt visafrei in die EU-Schengen-Staaten einreisen dürfen.

4. Nein zu einem Pseudo-Sicherheitssystem

Findet sich ein Land mit grösseren Sicherheitsrisiken konfrontiert (z. B. Fussball-WM 1997 in Frankreich, G8-Gipfel 2002 in Genua und 2003 in Evian, Fussball-WM 2004 in Portugal, Prinzenhochzeit 2004 in Spanien) hat es gemäss dem Schengener Durchführungsabkommen die Möglichkeit, für eine begrenzte Zeit die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Doch mutet es nicht komisch an, dass ein System genau dann, wenn es am meisten bestehen sollte, ausser Kraft gesetzt werden muss? Nach dem Terroranschlag in Spanien haben auch Spanien und Frankreich die Grenzkontrollen wieder eingeführt, weil sie dem angeblich verstärkten Schutz an der Aussengrenze zu Recht misstrauten.

5. Nein zu noch mehr Kriminalität

Mit Schengen wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit krimineller Organisationen über die Grenzen hinweg massiv erleichtert. Einbrecher, Autoschieber, Bankräuber, Zuhälter, Rauschgift- und Menschenhändler, Zigaretten- und Alkoholschmuggler aus dem Osten werden es unter den neuen Verhältnissen viel einfacher haben, in die Schweiz zu kommen. Dies wird vom Bericht des Bundesamtes für Polizei (fedpol) zur inneren Sicherheit 2003 bestätigt. Gemäss Kriminalstatistik ist in der Schweiz die organisierte, grenzüberschreitende Bandenkriminalität in den letzten Jahren massiv angestiegen. Aus einem Ende Juni vom Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF), dem Bundesamt für Polizei (fedpol) sowie dem Grenzwachtkorps (GWK) vorgelegten Bericht zur illegalen Migration geht hervor, dass die Probleme im Bereich der illegalen Migration in erster Linie die Kriminalität, die Schwarzarbeit sowie Missbräuche im Asyl- und Ausländerrecht betreffen. Als Massnahme dagegen wird nicht etwa der Beitritt zu Schengen/Dublin, sondern vielmehr eine Verstärkung der Personenkontrollen an der Grenze und im Inland gefordert.

6. Nein zum Souveränitätsverlust der Schweiz

Mit dem Beitritt zum Schengener Vertrag müsste die Schweiz im Bereich der Sicherheitspolitik nicht nur den vollständigen und sehr umfassenden Inhalt des heutigen Vertrages, sondern auch die künftige Weiterentwicklung des Rechtes durch die EU, d.h. den „Schengen-aquis“ automatisch übernehmen. Zwar wird der Schweiz ein Mitwirkungs-, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Falls die Schweiz eine neue Massnahme nicht übernimmt, wird ihr das Abkommen gekündigt. Solches ist mit unseren Volksrechten nicht vereinbar, wird doch dadurch unser Selbstbestimmungsrecht und damit unsere Souveränität massiv beschnitten.

zu Schengen / Dublin

7. Nein zu fremdem Recht und fremden Richtern

Das höchste Gericht, welches eine für den gesamten Schengen-Raum einheitliche Rechtsanwendung garantieren muss, ist der EU-Gerichtshof in Luxemburg. Auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz, welche sich dem Schengen-Vertrag anschliessen wollen, müssen den EU-Gerichtshof in diesem Bereich als oberste gerichtliche Instanz anerkennen. Die Schweizer Gerichte müssten inskünftig ihre Entscheide regelmässig an den gemischten Ausschuss übermitteln und in einem jährlichen Bericht an den gemischten Ausschuss darlegen, wie die Bestimmungen des Schengener Vertrages angewendet werden. Für die Schweiz bedeutet dies eine Unterstellung unter fremdes Recht und fremde Richter, was eines freien Staates unwürdig ist.

8. Nein zur Übernahme der EU-Visapolitik

Die Tourismusbranche argumentiert, dass heute Touristen mit einem Schengen-Visum einen Bogen um unser Land machen würden, und sie demzufolge, vom Schengen-Beitritt nur profitieren würde. Dem ist nicht so. Bei einem Schengen-Beitritt müsste die Schweiz zugunsten einer Harmonisierung zahlreiche Kompetenzen an Brüssel abgeben und dabei ihre freie Visapolitik verlieren. Die Schweiz kann heute von sich aus die Visumpflicht gegenüber anderen Ländern aufheben, anerkennen oder einführen. Unter Schengen aber müsste sie alle „Schengen-Visa“ anerkennen und so gleich bei einem Schengen-Beitritt für 17 Staaten neu die Visumpflicht einführen. Demgegenüber müsste sie beispielsweise chinesischen Touristen die Einreise in die Schweiz bewilligen, was der Bundesrat heute aus Sicherheitsgründen ablehnt.

9. Nein zur Aufgabe unserer Waffentradition

Mit einem Beitritt zu Schengen lässt sich die Schweiz ein neues Waffengesetz diktieren. Die unter anderem im Schengen-Vertrag vorgesehenen Massnahmen wie ein Erwerbs- und Besitzverbot für militärische Feuerwaffen, ein Bedürfnisnachweis für den Waffenerwerb, die Einführung eines europäischen Feuerwaffenpasses, eine Waffenerwerbsscheinpflicht bei privaten Handänderungen und beim Erbgang sowie die Pflicht zur Einreichung eines Doppels des Waffenübertragungsvertrages an die Polizei für privilegierte Repetierwaffen etc. würden unser bisheriges, freiheitliches Waffenrecht und die schweizerische Waffentradition beenden.

10. Nein zur Dubliner Illusion

Das Abkommen legt fest, dass ein aus einem Nicht-EU-Land stammender Asylsuchender allein in jenem Schengen-Land Asyl erhalten kann, welches er als erstes betreten hat. Die dafür eingeführte Eurodac-Datenbank, mit welchem den Asylsuchenden bei deren Einreise in die EU der Fingerabdruck abgenommen und elektronisch in der Datenbank gespeichert wird, führte aber nicht zum gewünschten Ziel: Viele EU-Staaten nehmen den Asylsuchenden deren Fingerabdrücke gar nicht ab, damit sie nicht als Erstasyl-Land gelten und diese später nicht zurücknehmen müssen. Die Schweiz aber wird das Dubliner Übereinkommen wohl - wie sie dies bei allen völkerrechtlichen Abkommen tut - buchstabengetreu umsetzen. Damit würde sie bestimmt mehr Asylsuchende zurücknehmen müssen als die 20 %, welche sich der Bundesrat damit zurückzuweisen erhofft.

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Simon Glauser, stv. Pressesprecher SVP

Anzeigenverwaltung:
Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53,
Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:
Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26,
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:
Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:
Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:
siehe Adresse "Druck"

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Das Sekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) des Kantons Zürich sucht per 1. April 2004 oder nach Übereinkunft einen

stv. Parteisekretär und Fraktionssekretär
(100 %)

Ihr Profil

- Interesse an der kantonalen Politik
- Verständnis für wirtschafts- und finanzpolitische Fragen
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- Organisationstalent und Kontaktfreudigkeit
- Hohes Mass an Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Selbstständigkeit
- Idealalter ca. 25-35 Jahre

Ihre Aufgaben

- selbständige Betreuung der Fachgremien der SVP
- Redaktion der Parteizeitung Zürcher Bote
- Erarbeitung von Positionspapieren und schriftlichen Stellungnahmen
- Organisieren von Tagungen und Parteianlässen

Wir freuen uns auf ihre schriftliche Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen an folgende Adresse richten wollen:

**Claudio Zanetti, Parteisekretär,
SVP des Kantons Zürich, Postfach 6339, 8023 Zürich**



Trübe Statistiken und gute Tage

Es gibt Statistiken, in denen ein oberer Rang entschieden unerwünscht ist. So verliert unsere Heimat jedes Jahr eine von 10'000 Frauen, mehr als 2 von zehntausend Männern durch Selbsttötung. Zwar liegen wir damit unter den russischen, baltischen und ungarischen Zahlen, aber weit über anderen Ländern wie etwa Grossbritannien. Warum? Die Wissenschaft hat keine abschliessende Antwort. Was können wir tun? Einiges. Die Natur schenkt uns nach der Weihnachtszeit jedes Jahr wieder länger werdende Tage. Machen wir aus diesen *längeren* Tagen *bessere* Tage, für uns und für unsere Mitmenschen. Wohl kaum ein Mensch, der mit sich selber ganz ehrlich ist, hat noch nie einen Augenblick der Verzweiflung gekannt. Nun sehen wir in unsere Mitmenschen häufig nicht hinein. Aber wir können ihnen helfen, ihre Last besser zu tragen, ihren Tag ein wenig besser zu machen, durch ein gutes Wort *mehr*, durch eine Handreichung *zusätzlich*. Beides hat auch in einer völlig auf Effizienz getrimmten

Gegenwart Platz. Beides ist unabhängig von parteipolitischen Anliegen, von Gewinn und Verlust auf dem Markt, von Soll und Haben in unserem Portemonnaie. Und beides ist wichtig, damit auch in Zukunft die Lebensfreude im Lande wohnt und mit der Lebensfreude die gegenseitige Achtung unter Mitbürgern und Mitmenschen.

Man mag einwenden, es wäre nötiger gewesen, dies in einer Kolumne vor dem Beginn der dunkeln Jahreszeit zu schreiben und nicht jetzt, wo die Tage länger werden. Der Einwand wäre allerdings nicht berechtigt, denn die jahreszeitliche Verteilung der Verzweiflungstaten zeigt tendentiell eine Spitze im Frühling und Frühsommer, nicht im Winter. Der Mensch spürt offenbar die grösser werdende Differenz zwischen eigenem Unglück und erwachender Natur. Aber auch die Glücklichen unter unseren Zeitgenossen werden, was immer der Kalender anzeigt, das zu schätzen wissen, was wir alle jeden Tag leisten können, eine freundliche Handreichung und ein gutes Wort.

Bundesrat Samuel Schmid

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
 CH-9565 Bussnang
 Telefon +41 (0)71 626 20 20
 E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com



Neu im SVP-Shop:

Der ideale Wander-Rucksack!

..... Expl. Rucksack	schwarz, hochwertiges Gewebe, angenehme Tragriemen	Fr. 25.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit Schweizer Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Pin	Jetzt endlich erhältlich! (ab 10 Stk./Fr. 4.--)	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Kalender 2005

Letzte Gelegenheit!

Klassiker der politischen Werbung: Plakate, die bewegen. 1992–2004

Der ultimative Politik-Jahreskalender 2005* mit allen herausragenden Abstimmungs- und Wahlplakaten der letzten Jahre. Ein «Muss» für jeden Freund von SVP und AUNS!

*inkl. kantonale und eidgenössische Abstimmungsdaten



Ich bestelle ... Exemplar(e) des Kalenders 2005 «Klassiker der politischen Werbung: Plakate, die bewegen. 1992–2004» (4farbig, hochglanz, Format 33x48 cm)

zum Preis von Fr. 37.70 pro Exemplar inkl. Versandkosten und MwSt.

zum Preis von Fr. 50.– pro Exemplar inkl. Spende von Fr. 12.30 für die Schengen-Abstimmungskampagne, Versandkosten und MwSt.

Nachname _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ _____

Ort _____

Unterschrift _____

Bitte senden oder faxen an:
 GOAL
 AG für Werbung und Public Relations
 Postfach 331, 8030 Zürich
 Fax: 043 499 24 01

Erfolgreiche politische Werbung bewegt, entfacht Diskussionen und überzeugt. Zusammen mit unseren Auftraggebern entwickeln wir seit Jahren solche Kampagnen. Daraus entstehen Plakate, die zu den Klassikern der politischen Werbung zählen.

Den Freunden pointierter politischer Kommunikation stellt GOAL AG die zwölf besten Abstimmungs- und Wahlplakate als Jahreskalender zur Verfügung. Die einmalige Edition bietet einen spannenden Überblick über die bewegendsten Abstimmungs- und Wahlkämpfe der letzten zwölf Jahre.

Bestellen Sie noch heute. Limitierte Auflage!

Die EU-Strategie des Bundesrates schadet der Schweiz

Nach wie vor strebt der Bundesrat den EU-Beitritt an. Die Strategie der Regierung unterscheidet sich deutlich vom Willen der Stimmbürger, welche 1992 den EWR- und 2001 den EU-Beitritt klar verworfen haben. FDP, CVP und SP unterstützen den Bundesrat, indem sie den EU-Beitritt längst zu ihrem politischen Ziel erklärt haben. Die SVP ist die einzige Regierungspartei, welche einen EU-Beitritt ablehnt.

Auf der Internetseite des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) ist klar festgehalten: „Längerfristiges europapolitisches Ziel des Bundesrats ist der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union. Der Bundesrat ist überzeugt, dass unser Land seine Interessen auf längere Sicht besser innerhalb der EU wahren kann als ausserhalb. Viele Probleme können heute nicht mehr von den einzelnen Staaten allein gelöst werden, sondern nur noch im Verbund auf europäischer Ebene.“ Dieser vom Bundesrat gepriesene Verbund jedoch verspricht wenig Gutes. Die neue EU-Verfassung erinnert denn auch eher an das Kaiserreich von Karl dem Grossen, als dass sie freiheitliches und liberales Gedankengut für Europa verankern würde.

Massive Sicherheitsverluste

Vorstufe zum EU-Beitritt ist das Schengener Abkommen. Schengen ist eine Integrationsvorlage der EU. Zweck und Ziel des Abkommens ist die Aufhebung der Grenzen in Europa, die Abschaffung der Grenzkontrollen und der freie Personenverkehr unter den europäischen Ländern. Weil Schengen massive Sicherheitsverluste mit sich bringt, sind sog. ausgleichende Massnahmen getroffen worden – z.B. die „Schleierfahndung“

oder das Schengener Informationssystem (SIS), eine umfangreiche Personendatenbank. Warum kämpfen die EU-Befürworter derart verbissen für ein Abkommen, das unserem Land vor allem Nachteile bringt? Ganz einfach: weil dieser Vertrag einen wichtigen Schritt in Richtung EU-Beitritt darstellt.

„Willkommenes Ersatzsubstrat“

Der Anlagebericht der Bank Wegelin & Co. vom 6. Dezember 2004 weist darauf hin, warum die Mitte-Links-Koalition den EU-Beitritt und auch die Erweiterung der EU befürwortet: „Das reflexartige Ergreifen jeder Gelegenheit zur Ausdehnung des Machtbereichs, wo sich dies eben anbietet. Der Reflex sitzt in den Knochen aller Angehörigen des politischen Apparats, ob links oder rechts, und entspricht der Kompensation der in der Politik fehlenden Selbstverwirklichungsgelegenheiten über den Markt. Nachdem die meisten reifen europäischen Staatsgebilde ohnehin schon weit über den Punkt hinaus gewachsen sind, ab dem weiteres Staatswachstum verheerend wird, bietet sich die territoriale Expansion als willkommenes Ersatzsubstrat an.“

Sodann wird angefügt, dass diese Überlegungen – „vielleicht in besonderem Masse“ – auch für die Schweiz zutref-

fen: „Auch sie ist als Objekt für den politischen Apparat sehr unattraktiv geworden, weil das weitere Wachstum der öffentlichen Hand offenkundig zu einem Ende kommen muss, ja, nur noch eigentliche Reduktionen und Verzichte weiterführen können. Die Aussicht, über Brüssel doch noch im alten Stil weitermachen zu können, ist angesichts dieser Situation natürlich verlockend. Der Drang des politischen Apparats in diese Richtung ist deshalb, aus politökonomischer Sicht, nichts als selbstverständlich. Es erschliessen sich auf diese Weise ja neue Karriereöglichkeiten. Dass das Umfeld des politischen Apparats, nämlich die Mehrheit der Medien und die grosse Traube von Lobby-Organisationen, in dieselbe Richtung denkt, kann auch nicht überraschen. Bis anhin stand aber dem Apparat das Volk im Wege, das in mehreren Volksabstimmungen mit grosser Deutlichkeit der Verwirklichung solcher Gelüste den Riegel schob. Deshalb versucht man es nun auf indirektem Wege, indem man über ein paar mögliche Vorzüge eines Beitritts zum europäischen Rechtshilfe- und Sicherheitsverbund „Schengen“ den Prozess in Richtung Brüssel in unumkehrbarer Weise einleiten will. Dass dieser Prozess mit grosser Wahrscheinlichkeit in der folgenden Phase die Zollunion und am Ende die Währungsunion mit der EU umfasst, wird



► Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

verschwiegen. Solches Vermeiden, Verschweigen und Verniedlichen ist nichts Erstaunliches. So funktioniert die Politik, nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit.“

Zum Schluss wird festgehalten, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung keine „Grenzenlosigkeit“ voraussetzt, „genau wie auch niemand erwartet, dass nun plötzlich jegliche Haustüren eliminiert werden sollen, weil es nett wäre, wenn jedermann von der Strasse völlig frei von den Vorzügen eines privaten Wohnzimmers profitieren könnte. Territorialität hat etwas mit Eigentumsrechten und der Wahrung einer bestimmten, besser: einer selbstbestimmten, Ordnung zu tun.“

Zukunft der Schweiz gefährdet

Diesen Ausführungen ist nichts hinzuzufügen. Wer gegen die ausufernde Staatsbürokratie ankämpfen will und sein Vaterland gern hat, muss das Schengener Abkommen ablehnen. Alles andere würde die weitere Zukunft der Schweiz – sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als demokratisches Land – ernsthaft gefährden. ◀

Showdown in La Chaux-de-Fonds



Bundesrat Christoph Blocher (ZH)

„Ich bin jung. Es ist mir egal, ob die Schweiz 2007 oder mit Übergangsfristen für die Personenfreizügigkeit erst 2014 ruiniert wird. Ich will, dass sie gar nicht ruiniert wird.“

Lukas Reimann, Junge SVP

„Seit dem Inkrafttreten beobachtet man eine regelrechte Einwanderung von arbeitslosen Ärzten aus der EU. Unsere Patienten müssen hochdeutsch sprechen, um sich zu verständigen. Sollen sie nun auch noch polnisch, slowakisch und bald noch türkisch lernen müssen?“

Armin Buchenel (BE)



Nationalrat Hans Fehr (ZH)

„Sie müssen begreifen, dass die schweizerische Wirtschaft eine grössere Auswahl an Arbeitskräften bevorzugt. Auf der anderen Seite sind die Verträge mit flankierenden Massnahmen gekoppelt worden und wir müssen einen reglementierteren Arbeitsmarkt in Kauf nehmen als vorher. Man darf nicht einfach mit wehenden Fahnen ja sagen, aber die Schweiz kann es wagen.“

Bundesrat Christoph Blocher



Lukas Reimann, Junge SVP (SG)

„Die Schweiz würde es auch nicht akzeptieren, dass die Romands in der EU schlechtere Niederlassungsbedingungen hätten als die übrigen Schweizer.“

Nationalrat Hermann Weyeneth (BE)



Nationalrat Ulrich Schlüer (ZH)

„Wozu brauchen wir einen Vertrag, bei dem man nur über die Übergangsfristen reden darf. Würden wir nicht besser einfach nein sagen?“

Nationalrat Ulrich Schlüer (ZH)



Pierre Hainard, Gemeinderat La-Chaux-de-Fonds (NE)

„Ein doppeltes Ja würde die Schweiz in ihren Grundfesten erschüttern!“

Nationalrat Luzi Stamm (AG)



Linke Chaoten (hinten), Kantonspolizei Neuenburg (vorne)



Nationalrat Guy Parmelin (links, VD) und Nationalrat Jean-François Rime (FR)

„Die Schweiz hat die alte Personenfreizügigkeit noch nicht verdaut und schon droht uns mit der Osterweiterung neues Ungemach. Die Schweizer Arbeitnehmer müssen zur Kenntnis nehmen, dass ihre Interessen von der SP und den Gewerkschaften verraten wurden.“

Theo Biedermann, Volkswirtschaftler (ZG)



Parteipräsident Ueli Maurer (ZH)



Toni Bortoluzzi in die Zürcher Regierung



Toni Bortoluzzi ist eine aussergewöhnliche Persönlichkeit. Er ist von Beruf Schreiner. Er führt als Unternehmer eine kleine Schreinerei mit mehreren Angestellten. Er kennt die Sorgen der Kleinunternehmer. Er kennt die Schikanen, denen Unternehmer durch bürokratische Bestimmungen, durch uneinsichtige Funktionäre tagtäglich ausgesetzt sind. Er kämpft dagegen. Und er behauptet sich als Kleinunternehmer. Trotz grossem politischem Engagement bietet er in seinem Betrieb sichere Arbeitsplätze an.

Früh hat sich Toni Bortoluzzi für ein politisches Engagement entschieden. Er begann seine Tätigkeit in der Gemeinde. Zuerst als Gemeinderat, dann während vielen Jahren als Gemeindepräsident im rasch wachsenden Affoltern am Albis. Toni Bortoluzzi kennt die Probleme der Gemeinden. Er hat erfahren, wie von oberen Instanzen, von Bund und Kanton immer wieder versucht wird, Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Auch dagegen wusste er sich zu wehren.

Toni Bortoluzzi engagierte sich bald auch im Kanton. Das Säuliamt wählte ihn in den Kantonsrat. Während mehrerer Jahre präsierte er die SVP-Fraktion im Kantonsparlament. Er hat den Beginn des SVP-Aufschwungs im Kanton Zürich miterlebt und tatkräftig mitgestaltet. Es ging ihm darum, politisch den Weg zu bereiten, dass Leistungserbringer nicht einfach einer immer begehrlicher werdenden öffentlichen Hand preisgegeben werden. Weil der Finanzhaushalt des Staates, weil insbesondere die Sozialversicherungen gleichsam auf Gedeih und Verderb angewiesen sind auf all die, die mehr für den Staatshaushalt leisten als dass sie von ihm ziehen.

Die erstaunlichste Leistung hat Toni Bortoluzzi auf nationaler Ebene, als Nationalrat erbracht. Von Links bis Rechts wird in der Schweiz heute anerkannt, dass Toni Bortoluzzi zu den fundiertesten Kennern des äusserst komplizierten Sozialversicherungs-Netzes in der Schweiz gehört. Toni Bortoluzzi erwarb sich seine umfassenden Kenntnisse nicht als Akademiker. Er ist auch nicht Profi-Funktionär. Er ist Schreiner und führt ein Unternehmen. Als Kleinunternehmer und Arbeitgeber hat er sich als echter Milizpolitiker in die ebenso wichtige wie schwierige Materie der Sozialversicherungen derart eingearbeitet, dass er heute zu jenen ganz wenigen Spezialisten gehört, die einen wirklich umfassenden Durchblick auf die Sozialwerke in der Schweiz haben. Unabdingbare Voraussetzung dafür, die Krisen, in die mehrere dieser Sozialwerke als Folge jahrelanger Überlastung geraten sind, wirklich zu meistern.

Der Kanton Zürich, wirtschaftlich und finanziell unbestreitbar die Lokomotive der Schweiz, hat das allergrösste Interesse daran, dass ein ausgewiesener Fachmann in der Regierung die Sanierung der Sozialwerke begleitet. Ein Fachmann, der die Sozialwerke und deren Finanzierung bis in alle Details kennt. Mit Toni Bortoluzzi als Regierungsrat steht dem Kanton ein solcher Fachmann zur Verfügung. Ein Fachmann, der bekanntlich kein Theoretiker ist. Kleinunternehmer Toni Bortoluzzi steht mit beiden Füßen auf dem Boden. Er weiss, dass jeder Franken, den die öffentliche Hand ausgibt, zuerst von jemandem verdient werden muss. Er weiss, dass der Bevölkerung das Einkommen nicht einfach in den Schoss fällt. Er weiss, dass die Belastung der meisten Steuerzahler durch Abgaben, Gebühren und Steuern die obere Grenze erreicht hat. Um so sorgfältiger hat die Regierung mit den Steuergeldern umzugehen.

Wer an der dauerhaften Sanierung der Staatsfinanzen interessiert ist, wer dabei den Steuerzahlern, Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, Spielraum für eigene Initiativen belassen will, für den ist klar: Toni Bortoluzzi gehört in den Regierungsrat. Als Vertreter des gesamten Zürcher Volkes.

Sichern Sie Toni Bortoluzzi am 27. Februar 2005 eine ehrenvolle Wahl in den Regierungsrat.

Ernst Meyer, Kantonsrat, Andelfingen

**Bitte
vormerken!**

***SVP-Delegiertenversammlung
vom Samstag, 2. April 2005
in Interlaken (BE)***

Roland F. Borer in die Solothurner Regierung



Am 27. Februar 2005 finden im Kanton Solothurn Kantonsrats- und Regierungsratswahlen statt. Die Chancen der SVP stehen insgesamt hervorragend. Der Kantonsrat wird zwar von 144 auf 100 Sitze verkleinert. Und als Wahlkreise dienen neu die fünf Amteien, nicht mehr die zehn Bezirke wie bisher. Doch mit 55 guten Kandidatinnen und -kandidaten will die erst 13jährige solothurnische SVP mindestens 20 Sitze im verkleinerten Kantonsparlament holen. Das entspräche einem Wähleranteil von 20 Prozent (heute 15.5 Prozent).

Mit dem bekannten Nationalrat Roland F. Borer will die SVP zudem einen Sitz in der fünfköpfigen solothurnischen Regierung erobern. Bisher ist die SVP bei Regierungsratswahlen jeweils an der „Päckli-Politik“ von FDP und CVP gescheitert und nicht in der Regierung vertreten. Doch die Wahlchancen von Roland F. Borer sind intakt. Denn in der Regierung

gibt es zwei Vakanzen. Und die FDP wie die SP haben sich für Kandidaten entschieden, die in weiten Teilen des Kantons noch recht unbekannt sind.

Nicht so der SVP-Mann Roland F. Borer. Er ist ein tatkräftiger und verlässlicher Politiker. Als Bürger des solothurnischen Schwarzbubenlandes, aufgewachsen in der Stadt Solothurn und heute wohnhaft in Kestenholz, kennt er den Kanton Solothurn, seine Regionen, Menschen und Facetten wie kein zweiter. Nur so ist es zu erklären, dass Roland F. Borer bei Nationalratswahlen regelmässig beste Resultate erzielte. Als selbständiger Unternehmer kennt Borer die Sorgen und Nöte des Mittelstandes genau. Er weiss, was es heisst, sein Geld selber zu verdienen. Und er weiss auch, dass nicht mehr ausgegeben werden darf, als eingenommen wird.

Als langjähriger Nationalrat verfügt Roland F. Borer über gute Verbindungen nach Bern und kann dafür sorgen, dass der Kanton Solothurn als Scharnierstelle zwischen Zürich-Basel-Bern in der Hauptstadt mehr Gehör findet. Als Instruktionsoffizier der Luftwaffe hat er gelernt, genaue Ziele zu definieren, Schwerpunkte zu legen, klare Aufträge zu verteilen und seine Mitarbeitenden für die zu lösenden Aufgaben zu motivieren. Genau diese Fähigkeiten braucht ein guter Regierungsrat.

Roman S. Jäggi, Pressesprecher SVP

Daniel Bühlmann in die Luzerner Regierung



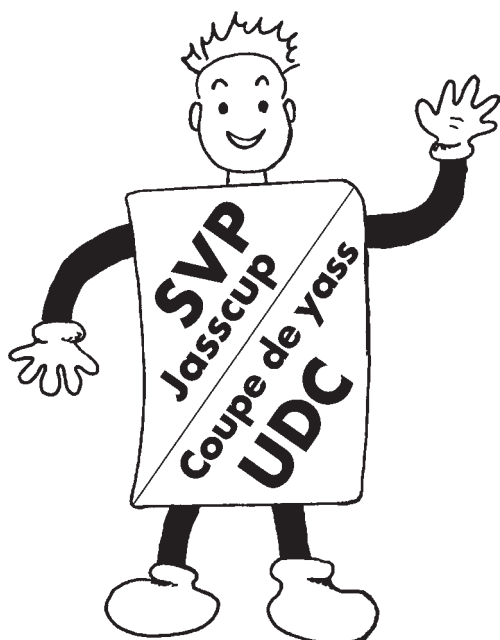
Am 27. Februar findet die Ersatzwahl in den Regierungsrat des Kantons Luzern statt. Mit Daniel Bühlmann portiert die SVP einen kompetenten und integrativen Kandidaten, der auch von anderen bürgerlichen Parteien wegen seinem Scharfsinn und seiner politischen Verlässlichkeit geschätzt wird. Fünf Jahre Exekutiverfahrung in der zweitgrößten Gemeinde des Kantons prädestinieren den früheren Rechtsanwalt für höhere Aufgaben. Als Bildungs- und Kulturdirektor von Emmen hat Bühlmann bewiesen, dass er ein Team motivieren und führen kann.

Die SVP ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie ist bereit, die bürgerliche Wende, die im neu zusammengesetzten Grossen Rat eingeleitet wurde, definitiv herbeizuführen. Mehr denn je braucht es jetzt eine Politik, die das Engagement des Staates nur dort will, wo alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Die mittlerweile auf 50 Prozent gestiegene Steuerquote muss klar gesenkt werden, damit Luzern im Wettbewerb zwischen den Kantonen wieder konkurrenzfähig wird.

Der neue Regierungsrat ist extrem gefordert. Gerade in den Sparten Gesundheit und Bildung, die über 60 Prozent unseres Budgets ausmachen, liegen die wichtigsten Sparpotenziale. Obwohl bei den Linken und Grünen immer wieder von «Bildungsabbau» die Rede ist, sind die Ausgaben für Bildung in den Jahren 2000 bis 2002 um über 17 Prozent gewachsen, jene für die Gesundheit um 46 Prozent. Der überdurchschnittliche Anstieg der Studentenzahlen, z.B. bei der Uni Luzern, ist leider eine rein interkantonale Kostenumlagerung, die letztlich dem Kanton Luzern enorme Mehrausgaben verursacht. Zu behaupten, wie es die Linken und Grünen laufend tun, nur eine bessere Bildung würde uns weiterbringen, ist schlicht falsch. Nur eine effizientere Bildung bringt uns weiter und schafft Arbeitsplätze. Effizienz in der Bildung heisst, dass wir nicht noch mehr Akademiker bei noch höheren Arbeitslosenzahlen ausbilden, sondern dass wir der beruflichen Ausbildung höchste Priorität zukommen lassen. Zur Umsetzung solcher Projekte braucht der Kanton Mut, Durchhaltevermögen und unternehmerisches Denken. Der bürgerliche Kandidat Daniel Bühlmann bietet dafür Gewähr. Ganz im Gegensatz zum Gegenkandidaten der Vereinigten Linken, dessen grüne und sozialistische Rezepte nur noch mehr Schulden und höhere Steuern bringen. Die Zeit ist definitiv reif für den Einzug der SVP in die Regierung des Kantons Luzern.

Nationalrat Felix Müri

Die SVP Ortspartei Flums und die Bezirkspartei Sarganserland (SG) laden alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum



5. Nationalen SVP Jasscup

mit den beiden SVP Bundesräten
Christoph Blocher und Samuel Schmid,
einer Vielzahl von SVP National- und
Ständeräten sowie den Jassexperten
Albert und Helen Hagenbucher

Samstag, 19. Februar 2005

Türöffnung 09.00 Uhr / Beginn 10.00 Uhr

Mehrzweckhalle Flums (SG)

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie viele attraktive Preise!



**Jetzt
anmelden!**

Anmeldetalon

Schieber mit zugelostem Partner

deutschschweizer Karten

französische Karten

Differenzler

deutschschweizer Karten

französische Karten

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: Mail:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP - Brückfeldstrasse 18 - Postfach - 3000 Bern 26

Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail gs@svp.ch - www.svp.ch